

Interpellation Nr. 33 (Mai 2011)

11.5123.01

betreffend "Bewältigung von Flüchtlingsströmen aus Nordafrika in Basel-Stadt"

Die anhaltenden Unruhen in Nordafrika werden in den kommenden Wochen und Monaten die Migrationsbewegungen nach Europa enorm verstärken. Die Situation ist besorgniserregend und stellt für die fünf Empfangs- und Verfahrenszentren des Bundes an der Grenze bereits heute ein Problem dar.

Der Flüchtlingsstrom aus Nordafrika bringt die Empfangszentren des Bundes an die Kapazitätsgrenzen. Seit Donnerstag der letzten Woche hat daher die Zivilschutzanlage "Werkhof" in Kleinhüningen für Asylsuchende geöffnet (vgl. Berichterstattung in TeleBasel und baz-Online). Weitere Anlagen in Quartieren könnten, wie schon im 2008 (bspw. unterhalb des Primarschulhauses an der Bonerstrasse), jederzeit geöffnet werden. Das Bundesamt für Migration (BFM) hat in einer Verlautbarung festgehalten, dass bei einem Anstieg des Zustroms von Flüchtlingen die Unterstützung der Kantone notwendig werde.

Vor diesem Hintergrund und der bereits erfolgten Öffnung zusätzlicher Asyl-Unterkünfte im Kanton Basel-Stadt bittet der Interpellant um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die zahlenmässige Entwicklung der Migrationsströme auf nationaler und kantonaler Ebene?
2. Wie nimmt der Regierungsrat Einfluss auf die vorgesehenen Massnahmen des Bundesrates resp. des federführenden Bundesamtes für Migration?
3. Mit welchen Massnahmen versucht der Regierungsrat beim Bund zu erreichen, dass das Dubliner Übereinkommen mit Nachdruck durchgesetzt wird?
4. Wie sieht der Massnahmenplan des Regierungsrates betreffend der Unterbringung dieser Asylanten aus?
5. Wird der Regierungsrat hierfür weitere Unterkünfte (insbesondere Zivilschutzanlagen) in Quartieren öffnen?
6. Wie will der Regierungsrat die Sicherheit in den betroffenen Strassen und Quartieren, im Wissen um die beschränkten Möglichkeiten der Angestellten von Sicherheitsfirmen, gewährleisten?
7. Wird sich der Regierungsrat beim Bund dafür einsetzen, dass die vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen flüchtenden jungen, männlichen Nordafrikanern, bei denen in den meisten Fällen kein Asylgrund vorliegt, baldmöglichst rückgeführt werden?

Sebastian Frehner